



MORNING NEWS

6. Oktober 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.378,80	-43,76	-0,18	24.422,56	DJ 30	46.758,28	238,56	0,51	46.519,72
MDAX	30.936,49	203,03	0,66	30.733,46	NASDAQ	24.785,52	-107,24	-0,43	24.892,76
TEC DAX	3.733,00	5,67	0,15	3.727,33	Nikkei 225	47.876,60	2.107,10	4,60	45.769,50
Euro Stoxx50	5.651,71	5,90	0,10	5.645,81	Hang Seng	26.976,52	-164,40	-0,61	27.140,92
Bund Future	128,44	-0,23	-0,18	128,67	Euro / US-\$	1,1722	-0,00	-0,17	1,1742
Gold in US-\$	3.937,85	51,31	1,32	3.886,54	Öl (Brent) US-\$	65,53	1,00	1,55	64,53
Bitcoin / US-\$	123.677,51	908,87	0,74	122.764,58	Ethereum / US-\$	4.524,25	25,23	0,56	4.499,02

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.413	+35
NASDAQ Future	25.102,50	+110,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	230,80	0,65	0,00	230,15	270,53	1.027.593,00
Nokia OJ	4,18	0,02	0,01	4,16	4,90	35.659.083,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Saint-Gobain (Kapitalmarkt-Tag)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	PMI Construction	September	09:30	n/a (46,0)
EWU	Sentix Investorvertrauen	Oktober	10:30	-7,7 (-9,2)
EWU	Einzelhandelsumsatz (m/m)	August	11:00	0,1% (-0,5%)
EWU	Einzelhandelsumsatz (y/y)	August	11:00	1,3% (2,2%)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,36 (1,20)	10-jährige Bonds	-0,250	4,12%
Volumen NASDAQ	10,50 (9,61)	30-jährige Bonds	-0,250	4,71%

(/)=Vortag

An den **US-Börsen** haben die Kurse zum Wochenschluss **uneinheitlich tendiert**. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 0,5 Prozent höher mit 46.758 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 lag kaum verändert bei 6715 Stellen und der Index der Technologiebörse Nasdaq verlor 0,3 Prozent auf 22.780 Zähler. Die **Furcht vor den Folgen des teilweisen Stillstands der US-Verwaltung ("Shutdown") trat in den Hintergrund**. Laut Weiheng Chen von JP Morgan sind die Anleger offenbar bereit, der Politik in Washington Zeit zur Lösung des Haushaltsstreits zu geben.

"Der Markt richtet den Blick derzeit eher auf andere Themen als den Shutdown", sagte Veronica Willis vom Wells Fargo Investment Institute in New York. Wegen der Haushaltssperre in den USA fiel am Freitag zudem die Veröffentlichung der mit Spannung erwarteten Daten zum Arbeitsmarkt im September aus. Laut Ökonom Christopher Hodge von der



Investmentbank Natixis stützt das Fehlen der Daten die Erwartung vieler Experten, dass die **US-Zinsen** in diesem Monat erneut gesenkt werden. "Solange keine neuen Informationen vorliegen, ist eine Zinssenkung die Standardannahme."

Gold setzte vor diesem Hintergrund seinen Aufwärtstrend fort. Das in Krisenzeiten als sicherer Hafen geltende Edelmetall verteuerte sich um 0,7 Prozent auf 3884 Dollar je Feinunze. Damit lag der Preis rund zwei Prozent über dem Vorwochenschluss und nur knapp unter seinem am Donnerstag erreichten jüngsten Allzeithoch von 3896,49 Dollar. Je länger die Lähmung der US-Verwaltung andauere, desto stärker dürfte der Goldpreis steigen, sagte Jim Wyckoff vom Edelmetallhändler Kitco. Hingegen könne eine Einigung im US-Haushaltsstreit die Rallye beenden.

Bei den Einzelwerten trieben Spekulationen auf eine mögliche Zusammenarbeit mit der US-Regierung die Aktie des Seltene-Erden-Unternehmens **USA Rare Earth** auf ein Rekordhoch. Die Papiere des US-Herstellers von extrem starken Dauermagneten für Motoren und Windkraftanlagen verteuerten sich um 14 Prozent. Man stehe in engem Kontakt mit dem Weißen Haus, sagte Konzernchefin Barbara Humpton dem Sender CNBC auf die Frage nach einem möglichen Interesse an einer Partnerschaft mit der US-Regierung.

Tesla gaben weiter nach. Die Titel des E-Auto-Bauers schlossen am Ende 1,4 Prozent tiefer mit knapp 430 Dollar. Sie waren bereits am Donnerstag nach Vorlage der Absatzzahlen um gut fünf Prozent abgesackt. In den Wochen davor hatten sie allerdings kräftig zugelegt: Anfang September waren sie noch für unter 330 Dollar zu haben gewesen.

Unter Druck geriet auch **Applied Materials**. Die Aktien des Chipindustrie-Ausrüsters gaben 2,7 Prozent nach. Der Konzern hatte mitgeteilt, aufgrund von Exportbeschränkungen in China mit einem Umsatzausfall von 600 Millionen Dollar zu rechnen. Das Brokerhaus Bernstein erklärte, das Problem dürfte auch andere US-Unternehmen der Branche treffen.

US Unternehmen

Die **US-Regierung** erwägt Insidern zufolge einen Einstieg bei der New Yorker Firma **Critical Metals**. Das Unternehmen erschließt in Grönland das größte Vorkommen an Seltenen Erden. Die Regierung von Präsident Donald Trump verhandele darüber, einen von der Firma beantragten Zuschuss von 50 Millionen Dollar in eine Kapitalbeteiligung umzuwandeln, sagten vier mit den Vorgängen vertraute Personen am Freitag (Ortszeit) der Nachrichtenagentur *Reuters*. Dies würde der Regierung einen Anteil von etwa acht Prozent sichern. Ein hochrangiger Regierungsvertreter spielte die Bedeutung der Gespräche jedoch herunter. "Hunderte von Unternehmen wenden sich an uns und versuchen, die Regierung zu einer Investition in ihre Projekte für kritische Rohstoffe zu bewegen", sagte er. "Es gibt derzeit absolut nichts Konkretes mit diesem Unternehmen."

Das Bergbauunternehmen **Freeport-McMoRan** hat am Sonntag(Ortszeit) den **Tod aller sieben noch vermissten Arbeiter** nach dem **Schlammlawinen-Unglück in Indonesien** Anfang September bestätigt. Die Lawine hatte mehrere Arbeiter in der Kupfer- und Goldmine des Konzerns verschüttet (Reuters).

Marktmeldungen

Bundeskanzler Friedrich Merz hat die Verschiebung der **Beratung** über das neue **Wehrpflicht-Gesetz** im Bundestag um eine Woche verteidigt. "Es hat eine Verständigung zwischen beiden Bundestagsfraktionen gegeben, zwischen der Unionsfraktion und der SPD, einvernehmlich schon vor einigen Tagen", sagte der CDU-Vorsitzende am Sonntagabend in der ARD-Sendung "Caren Miosga". Es sei eine gute Verabredung der beiden Fraktionsführungen, dass man sich nun eine Woche mehr Zeit für die Beratungen nehme. Er wies Kritik von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) an der Unionsfraktion zurück. "Es kann sein, dass er die internen Vorgänge im Parlament nicht so mitbekommen hatte", sagte Merz (Reuters).

Kanzler Friedrich Merz vermutet **Russland** hinter den meisten **Drohnen**, die zuletzt in **Deutschland** und **Dänemark** für Aufsehen gesorgt haben. Außer dem Flughafen München seien in den vergangenen Tagen auch Frankfurt und Kopenhagen betroffen gewesen, sagte Merz in der ARD-Sendung "Caren Miosga". "Unsere Vermutung ist, dass Russland hinter den meisten dieser Drohnen-Flüge steckt", sagte er. Allerdings gebe es wohl auch Trittbrettfahrer, die privat

Drohnen steigen lassen würden. Dies sei in der Nähe von Flughäfen strafbar, warnte der Kanzler. "Aber wir gehen der Sache nach und unabhängig davon, wo es herkommt. Es ist eine ernsthafte Bedrohung unserer Sicherheit." (Reuters).

Kanzler Friedrich Merz stimmt die **deutsche Bevölkerung** darauf ein, dass sie künftig mehr für **Rente und Gesundheit** zahlen muss. "Wir wollen eine Reform machen, dass wir eine stabile, verlässliche Altersversorgung haben", sagte er am Sonntagabend in der *ARD-Sendung "Caren Miosga"*. "Eines kann ich (aber) ganz grundsätzlich sagen: Unsere Bevölkerung wird für Rente, für Altersversorgung, ... für die Gesundheit und ... für die Pflege in Zukunft mehr vom verfügbaren Einkommen aufwenden müssen", fügte der CDU-Vorsitzende hinzu. Aber es müsse dabei gerecht zugehen. "Die Bevölkerung muss das Gefühl haben, dass alle daran mitwirken. Und deswegen ist das eine größere Aufgabe, der wir uns ernsthaft stellen", sagte Merz, ohne Details zu nennen.

Die **Bundesregierung** kommt in ihrer neuen **Herbstprojektion** nach Informationen der Nachrichtenagentur *Reuters* zu einer etwas optimistischeren Einschätzung der **Wirtschaftsentwicklung in Deutschland** als noch im Frühjahr. Für das laufende Jahr gehe Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) im Entwurf der Frühjahrsprognose von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2 Prozent aus, erfuhr Reuters am Samstag von einem Insider. Reiches Amtsvorgänger Robert Habeck (Grüne) war im April in der Frühjahrsprojektion noch von einem Nullwachstum ausgegangen. Für 2026 erwartet Reiche demnach ein Anziehen der Konjunktur mit einem Wachstum von 1,3 Prozent. Das wären 0,3 Prozentpunkte mehr als noch im April angenommen. Für 2027 rechnet Reiche demnach mit einem BIP-Wachstum von 1,4 Prozent. Reiche legt die Herbstprojektion am Mittwoch dem Kabinett vor und erläutert Details dann von der Presse.

Das **Bundesinnenministerium** treibt die von Ressortchef Alexander Dobrindt (CSU) angestrebten weiteren **Abschiebungen afghanischer Straftäter** in ihr Heimatland voran. Beamte des Ministeriums hätten dazu in der afghanischen Hauptstadt **Kabul** "technische Gespräche" geführt, sagte eine Ministeriumssprecherin am Sonntag. Zuvor hatten der *"Spiegel"* und die *ARD* über Unterredungen deutscher Vertreter in Kabul berichtet. Der *"Spiegel"* berichtete, das Bundesinnenministerium stehe kurz vor Abschluss eines Deals mit den in Afghanistan herrschenden Taliban, der regelmäßige Abschiebungen von Straftätern ermöglichen solle.

Deutschland wird bei einer **Umsetzung des US-Plans** für den **Gazastreifen** laut Kanzler Friedrich Merz beim Wiederaufbau und der schnellen humanitären Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung helfen. Dies habe er angeboten, sagt Merz in der *ARD-Sendung "Caren Miosga"* mit Blick auf seine Telefonate mit US-Präsident Donald Trump und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Man werde zusammen mit anderen europäischen Staaten helfen. Der Kanzler fordert zudem die Hamas-Miliz auf, sich an die Umsetzung des Friedensplans zu halten (Reuters).

Angesichts der Drohnensichtungen über sicherheitskritischen Einrichtungen hat **Bundesinnenminister** Alexander Dobrindt (CSU) weitere Details seiner geplanten Abwehrmaßnahmen vorgestellt. "Wir werden eine eigene **Drohnenabweereinheit bei der Bundespolizei** aufstellen", sagte Dobrindt am Samstag in München. Dobrindt sprach von einem "Wettlauf" und "Wettrüsten" zwischen Bedrohung durch Drohnen und deren Abwehr. "Diesem Wettrüsten wollen wir uns stellen", sagte der CSU-Politiker. Dobrindt kündigte an, er wolle die zuständigen Stellen "befähigen, bewaffnen und bündeln". Die Bundeswehr solle mit der bereits angekündigten Änderung des Luftsicherheitsgesetzes rechtlich befähigt werden, der Polizei Amtshilfe beim Abschuss von Drohnen etwa in größerer Höhe zu leisten. Eine Grundgesetzänderung sei dafür nicht nötig. Die für die Gefahrenabwehr im Inland zuständige **Polizei** solle für die Drohnenabwehr bewaffnet werden. Die entsprechenden Kompetenzen von Bund und Ländern sollten gebündelt werden (Reuters).

Im Ringen um den Staatshaushalt in **Frankreich** setzt Präsident Emmanuel Macron auf seinen Vertrauten Roland Lescure als neuen **Finanzminister**. Lescure folgt im Finanzressort auf Bruno Le Maire, der **Verteidigungsminister** wird, wie das Präsidialamt in Paris am Sonntag mitteilte. In der Regierung des vor kurzem ernannten Ministerpräsidenten Sebastian

Lecornu bleiben zudem mehrere Minister im Amt. Dazu zählen unter anderem **Außenminister** Jean-Noel Barrot und **Innenressortchef** Bruno Retailleau (Reuters).

Der **französische Ministerpräsident** Sebastien Lecornu will einem Zeitungsbericht zufolge mit einer **Steuer für hohe Einkommen** die Unterstützung der oppositionellen Sozialisten für den Haushalt 2026 gewinnen. Lecornu plane dazu zwei Maßnahmen, die auf Steuerzahler mit einem Einkommen von mehr als 250.000 Euro abzielten, berichtete die Wirtschaftszeitung "Les Echos" am Samstag. Für Paare liege die Schwelle bei 500.000 Euro (Reuters).

Der **teilweise Stillstand der Regierungsgeschäfte** in den **USA** dauert auch in der neuen Woche an. Auch am Sonntag verharteten Republikaner und Demokraten auf ihren Standpunkten, keine der beiden Parteien zeigte Anzeichen eines Einlenkens (dpa/AFX).

Die **US-Regierung** von Präsident Donald Trump hat für den **Fall eines Scheiterns der Verhandlungen im Haushaltsstreit** mit den oppositionellen Demokraten mit **Massenentlassungen im öffentlichen Dienst** gedroht. "Wenn der Präsident zu dem Schluss kommt, dass die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, wird es Entlassungen geben", sagte der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats im Weißen Haus, Kevin Hassett, dem Sender *CNN* am Sonntag. Er hoffe jedoch weiter, dass die Demokraten in den Verhandlungen über ein Ende der Haushaltssperre einlenken.

Italien wehrt sich gegen **drohende US-Strafzölle auf Nudeln**, die den Preis für die Teigwaren in den Vereinigten Staaten fast verdoppeln könnten. Die Regierung in Rom arbeite eng mit der Europäischen Kommission zusammen, um die USA zu einer Neubewertung zu bewegen, teilte das italienische Außenministerium am späten Samstagabend mit. Das Ministerium weise die Ergebnisse der US-Untersuchung zurück, die den neuen Zöllen zugrunde liegen. Man unterstütze die betroffenen Unternehmen über die Botschaft in Washington dabei, ihre Rechte zu wahren. Hintergrund ist die Entscheidung des US-Handelsministeriums, einen zusätzlichen Antidumpingzoll von 91,74 Prozent zu erheben. Demnach sollen zwei große italienische Hersteller Nudeln zwischen Juli 2023 und Juni 2024 zu unfairen Niedrigpreisen verkauft haben. Die neuen Abgaben sollen ab Januar 2026 zusätzlich zu dem bestehenden US-Zoll von 15 Prozent auf die meisten Importe aus der EU erhoben werden (Reuters).

Ein **US-Bundesgericht** hat den von **Präsident Donald Trump** geplanten **Einsatz der Nationalgarde** zur Eindämmung von Protesten in **Portland** vorläufig gestoppt. "Die Entschlossenheit des Präsidenten entbehrte schlichtweg jeder sachlichen Grundlage", schrieb die zuständige Richterin Karin Immergut am Samstag (Ortszeit) in ihrer Urteilsbegründung. Es gebe keine Beweise dafür, dass die jüngsten Proteste das Ausmaß einer Rebellion erreicht oder die Strafverfolgung ernsthaft behindert hätten. Die einstweilige Verfügung der von Trump in seiner ersten Amtszeit ernannten Richterin gilt zunächst bis zum 18. Oktober und untersagt die Verlegung von 200 Soldaten. Das Weiße Haus kündigte an, Berufung einzulegen (Reuters).

Eine **Bundesrichterin** im US-Bundesstaat Oregon hat am Sonntagabend (Ortszeit) auch die von US-Präsident Donald Trump angeordnete Verlegung von 200 kalifornischen Nationalgardisten nach **Portland** vorerst blockiert. Die von Trump in seiner ersten Amtszeit ernannte Richterin Karin Immergut stoppte damit einen Versuch der Regierung, ihre am Samstag erlassene Verfügung gegen den Einsatz der Nationalgarde Oregons zu umgehen. "Wie könnte die Entsendung der Nationalgarde aus Kalifornien nicht in direktem Widerspruch zu der gestern von mir erlassenen Entscheidung stehen?", fragte Immergut einen Regierungsanwalt während einer Anhörung am Sonntagabend. Das US-Verteidigungsministerium hatte nach der Ankündigung von US-Präsident Donald Trump die Verlegung von rund 200 Angehörigen der kalifornischen Nationalgarde von Los Angeles nach Portland in den US-Bundesstaat Oregon angeordnet (Reuters).

Israel hat in der Nacht zum Sonntag und im Tagesverlauf seine **Angriffe auf den palästinensischen Gazastreifen** mit Panzern und Flugzeugen fortgesetzt. Augenzeugen zufolge wurden dabei mehrere Wohngebäude zerstört. Die Bombardierungen gingen weiter, obwohl US-Präsident Donald Trump ein Ende der Angriffe gefordert hatte. In Ägypten liefen derweil die Vorbereitungen für Verhandlungen über eine Waffenruhe auf der Grundlage von Trumps 20-Punkte-

Plan. **Bundesaußenminister** Johann Wadepful äußerte sich vor seiner Abreise nach Katar und Kuwait zuversichtlich: Der Friedensplan biete eine "einzigartige Chance" (Reuters).

Eine **israelische Delegation** reist am Montag zu **Gesprächen über den Gaza-Plan von US-Präsident** Donald Trump nach Ägypten. Angeführt wird sie vom Minister für strategische Angelegenheiten, Ron Dermer, wie das Büro von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mitteilt. Die Verhandlungen sollen demnach im Badeort Scharm el-Scheich am Roten Meer stattfinden (Reuters).

Israel setzt nach den Worten von Außenminister Gideon Saar auf einen schnellen Erfolg der am Montag in Ägypten beginnenden **Verhandlungen über ein Ende des Gaza-Kriegs**. Saar sagte am Sonntag in einem Interview von "Bild" und anderen *Axel-Springer-Medien* in Jerusalem: "Wir sind entschlossen, so schnell wie möglich ein Abkommen zu erreichen, um unsere Geiseln wieder nach Hause zu bringen. Das würde natürlich auch einen Waffenstillstand bedeuten." Im Gegenzug würde Israel seine Truppen einige Kilometer zurückziehen und Hunderte palästinensische Häftlinge freilassen. Eine Einigung könne rasch umgesetzt werden, da viele Details bereits ausgearbeitet seien. Für die von der Hamas geforderten Nachverhandlungen über Teile des Plans von US-Präsident Donald Trump wie deren Entwaffnung sieht Saar keinen Spielraum. Er glaube nicht, dass Trump dafür viel Geduld haben werde. "Er hat sich sehr klar ausgedrückt, und ich muss dem nichts hinzufügen."

US-Präsident Donald Trump droht der radikal-islamischen **Hamas** mit "vollständiger Vernichtung", sollte diese an der Macht im Gazastreifen festhalten. Dies sagt er dem Sender *CNN*. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sei bereit, die Bombardierungen im Gazastreifen zu beenden, sagte Trump weiter. Er werde bald wissen, ob die Hamas es ernst meine (Reuters).

US-Außenminister Marco Rubio zufolge ist der **Krieg im Gazastreifen** noch nicht beendet, obwohl **Israel** und die radikal-islamische **Hamas** Teilen des Plans von US-Präsident Donald Trump zugestimmt hätten. "Man wird sehr schnell sehen, ob die Hamas es ernst meint, je nachdem wie die technischen Gespräche über die Logistik verlaufen", sagt Rubio am Sonntag dem Sender NBC mit Blick auf die Freilassung von Geiseln durch Hamas. Auf die Frage, ob er mit einer Freilassung von Geiseln noch in dieser Woche rechne, reagiert er ausweichend. Er wolle, dass die Geiseln so schnell wie möglich freikämen (Reuters).

Russland hat die **Ukraine** erneut massiv mit **Drohnen und Raketen** angegriffen und dabei nach Angaben örtlicher Behörden mindestens fünf Menschen getötet. Zudem wurden landesweit Energieanlagen und andere zivile Infrastruktur beschädigt, wie die ukrainischen Behörden weiter mitteilten. Präsident Wolodymyr Selenskyj zufolge setzte Russland bei dem Angriff in der Nacht auf Sonntag mehr als 50 Raketen und fast 500 Drohnen ein. Vor allem die westliche Region Lwiw an der Grenze zu Polen nahm das russische Militär ins Visier. Laut Regionalgouverneur Maxym Koszyk war es der bislang schwerste Angriff auf Lwiw seit Kriegsbeginn. Russland habe allein diese Region mit 140 Drohnen und 23 Raketen attackiert. Als Reaktion darauf ließ Polen zum Schutz seines Luftraums wieder Kampfflugzeuge aufsteigen (Reuters).

Die **russische Luftabwehr** hat am Montag eine **Drohne mit Kurs auf Moskau** zerstört. Dies teilte der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin mit. Rettungskräfte seien zu der Stelle entsandt worden, an der die Trümmerteile niedergingen, schrieb Sobjanin über den Nachrichtendienst Telegram (Reuters).

Japan soll künftig erstmals von einer Frau regiert werden. **Sanae Takaichi** gewann am Samstag das Rennen um den **Vorsitz der regierenden Liberaldemokratischen Partei LDP** und wird damit höchstwahrscheinlich auch die erste Ministerpräsidentin des Landes. Üblicherweise wird der Parteivorsitzende auch Regierungschef. Die Wahl im Parlament ist für den 15. Oktober angesetzt (Reuters).

Chinas Außenminister Wang Yi reist von Dienstag bis zum 12. Oktober nach **Italien** und in die **Schweiz**. Dies teilte das chinesische Außenministerium am Sonntag in einer Erklärung mit. Wang werde am zwölften gemeinsamen Treffen des chinesisch-italienischen Regiergungsausschusses teilnehmen. Zudem sei die vierte Runde des strategischen Dialogs auf Außenministerebene zwischen China und der Schweiz geplant, hieß es in der Erklärung weiter (Reuters).



Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un hat als **Reaktion auf die US-Militärpräsenz in Südkorea** weitere **militärische Schritte** angekündigt. "Parallel zur Aufstockung der US-Streitkräfte in Südkorea ist auch unser strategisches Interesse in der Region gewachsen. Wir haben deshalb besondere Waffensysteme auf strategische Ziele gerichtet", sagte Kim der staatlichen Nachrichtenagentur KCNA vom Sonntag zufolge bei einer Militärausstellung anlässlich des 80. Gründungstags der Arbeiterpartei Koreas. "Ich glaube, unsere Feinde sollten sich Sorgen um ihre Sicherheit machen." Weitere Einzelheiten nannte er nicht (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Der **SPD-Wirtschaftspolitiker** Sebastian Roloff hat sich vor dem "Autogipfel" für **Kaufanreize für private Käufer von Elektroautos** ausgesprochen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sagte der *Deutschen Presse-Agentur*: "Als Erstes muss sicherlich die Kfz-Steuerbefreiung verlängert werden, aber es braucht auch einen klaren Zeitplan zur Einführung des Social-Leasing und von Kaufanreizen für Privatpersonen" - auch wenn gerade die Kaufanreize für den Haushalt sicher eine Herausforderung würden.

Der **Streit um die Zukunft der ostdeutschen Werke von Volkswagen** verschärft sich. Auslöser ist ein Schreiben von Sachsens Staatsregierung an die VW-Spitze, in dem es um Standortzusagen und Millioneninvestitionen geht. Dem *Handelsblatt* liegt der vertrauliche Briefwechsel vor. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer fordert darin eine garantierte Mindestproduktion von 250.000 Fahrzeugen in Zwickau und die Sicherung aller Arbeitsplätze in Chemnitz. Streit gibt es auch um die Zukunft der Gläsernen Manufaktur in Dresden, aus der ein Innovationsquartier werden soll. Für die Umwandlung will VW weniger zahlen, als Kretschmer verlangt (*Handelsblatt*).

Der von US-Zöllen gebeutelte Autokonzern **Stellantis** mit Marken wie Chrysler, Fiat und Opel plant einem Bericht zufolge **milliardenschwere Investitionen** in den **USA**. Eine Summe von rund zehn Milliarden Dollar solle dort binnen mehrerer Jahre investiert werden, berichtete die Nachrichtenagentur *Bloomberg* am Samstag unter Berufung auf Insider.

Gesundheitswesen

Die Online-Apotheke **Redcare Pharmacy** profitiert weiter vom noch recht jungen Geschäft mit dem E-Rezept in Deutschland. Der Umsatz legte im dritten Quartal im Jahresvergleich um rund ein Viertel auf 719 Millionen Euro zu, wie das Unternehmen in Sevenum mitteilte. Experten hatten mit einem Anstieg in dieser Höhe gerechnet. Wachstumstreiber waren erneut verschreibungspflichtige Medikamente hierzulande: In der Sparte legte der Umsatz um 82 Prozent auf 126 Millionen Euro zu. Das Unternehmen bestätigte zudem die Prognose für das laufende Jahr. Wie üblich legte Redcare Pharmacy kurz nach dem Ende des Quartals die Umsatzdaten für die vergangenen drei Monate vor. Die Gewinnziffern folgen bei der Bekanntgabe der detaillierten Zahlen am 29. Oktober (dpa/AFX).

Industrie

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) spricht sich für ein **stärkeres Engagement des deutschen Staates** in der **Rüstungsindustrie** aus. "Wir brauchen die Staatsbeteiligungen, davon bin ich fest überzeugt - auch, um sicherzustellen, dass Know-how und Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben", sagte Pistorius dem *"Handelsblatt"*. Es gehe darum, dass die Firmen mit Schlüsseltechnologien erhalten bleiben.

Die **SPD** fordert eine **Wende in der deutschen und europäischen Politik zur Stahlindustrie**, um Jobs und Unternehmen in der EU zu retten. "Wir dürfen nicht zulassen, dass die heimische Wertschöpfung abwandert, weil internationale Regeln nicht mehr funktionieren", heißt es in einem der Nachrichtenagentur *Reuters* vorliegenden sechsseitigen Papier zur Stahlindustrie, das der Bundesvorstand am Montag beschließen soll. "In Deutschland und gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir deshalb ein Maßnahmenpaket vereinbaren, das verstärkt auf 'Buy European' setzt." Unterstrichen wird die strategische Bedeutung des Stahlsektors, weshalb Europa etwa für die Rüstungsproduktion nicht auf Importe aus anderen Weltregionen angewiesen sein dürfe.

Öl & Gas

Das Ölkartell **Opec+** weitet seine **Förderung** aus. Im November würden täglich 137.000 Barrel (je 159 Liter) zusätzlich im Markt platziert, wie die acht Staaten unter Führung von Saudi-Arabien und Russland bei einer Online-Sitzung beschlossen. Damit behält der Verbund seinen Kurs der vergangenen Monate bei, frühere Kürzungen der Tagesproduktion schrittweise wieder zurückzunehmen (dpa/AFX).

Der österreichische Öl-, Gas- und Chemiekonzern **OMV** passt seine **Dividendenpolitik** an und koppelt sie an die geplante Beteiligung an der **Borouge Group International** (BGI). Ab 2026 will die OMV 50 Prozent der zurechenbaren BGI-Dividende sowie 20 bis 30 Prozent des operativen Cashflows ausschütten, teilte das teilstaatliche Unternehmen am Freitagabend im Vorfeld seines für Montag geplanten Kapitalmarkttagess mit. Beibehalten werde das Prinzip einer progressiven regulären Dividende sowie einer zusätzlichen variablen Dividende bei einem Verschuldungsgrad von unter 30 Prozent. "Die Anpassung unserer Dividendenpolitik ist eine direkte Folge der Borouge Group International (BGI)-Transaktion und der damit verbundenen neuen Konzernstruktur", sagte Vorstandschef Alfred Stern. "Indem wir die Dividende an die Performance von BGI koppeln, stellen wir sicher, dass unsere Aktionäre direkt am Erfolg von BGI teilhaben." (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Angesichts des Streits mit dem französischen Flugzeugbauer Dassault Aviation schließt **Bundesverteidigungsminister** Boris Pistorius ein Aus für das europäische **Kampfjet-Projekt FCAS** nicht aus. Er werde sich mit seinen Kollegen aus Frankreich und Spanien in Berlin treffen, sobald die französische Regierung stehe, sagte der SPD-Politiker in einem am Sonntag veröffentlichten Interview des *"Handelsblatts"*. Es müsse bis zum Ende des Jahres eine Entscheidung getroffen werden: "Sonst ziehen wir gemeinsam mit den Projektpartnern FCAS den Stecker."

Nach einer **erneuten Schließung wegen Drohnensichtungen** läuft der Betrieb am **Flughafen München** wieder. Der Flugbetrieb werde schrittweise hochgefahren, nachdem sich der Start am Morgen aufgrund von Drohnensichtungen verzögert habe, teilte der Flughafen am Samstag auf seiner Webseite mit. Es werde aber den ganzen Tag über noch zu Verzögerungen im Betriebsablauf kommen. Passagiere würden gebeten, sich bei ihrer Airline über den Status ihres Fluges zu informieren (Reuters).

Airbus hat Insidern zufolge mit der Übergabe von 73 Flugzeugen an Kunden den bisher **auslieferungstärksten September** verzeichnet. Die Verzögerungen der Zulieferungen von Triebwerksherstellern hätten nachgelassen, sagten mit der Angelegenheit vertraute Personen am Freitag. Branchenexperten hatten lediglich 69 bis 70 Auslieferungen im September erwartet. Mit der Zahl von 73 hat Airbus seit Jahresbeginn 507 Flugzeuge ausgeliefert, zwei Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Um allerdings das Jahresziel von 820 Maschinen zu erreichen, müsste der Konzern im vierten Quartal eine Rekordzahl von 313 Flugzeugen ausliefern. Airbus äußerte sich am Freitag nicht und verwies auf die geplante Veröffentlichung seiner Zahlen am 8. Oktober (Reuters).

Versicherungen

Der weltweit drittgrößte Rückversicherer **Hannover Rück** will künftig einen größeren Teil seines Ergebnisses als **Dividende** ausschütten. "Vor dem Hintergrund der sehr guten Kapitalausstattung" sei eine Ausschüttungsquote von rund 55 Prozent des Nettogewinns das Ziel, wie der Vorstand beschlossen habe, teilte der Konzern am Sonntagabend in Hannover mit. Für das vergangene Jahr hatte der Rückversicherer neun Euro je Aktie gezahlt, davon zwei Euro als Sonderdividende; das waren zusammen 46 Prozent des Gewinns. Wie bisher soll die Ausschüttung mindestens auf dem Vorjahresniveau liegen und langfristig steigen. Dabei will die Hannover Rück künftig keinen Unterschied mehr zwischen der Basis- und der Sonderdividende machen (Reuters).



STEU BING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

